

Anträge und Anfragen der Linken Liste

Anträge

Juli 2004	Gewährung von Heimatrecht statt Abschiebung
März 2004	Fördergelder für den Wiesbadener Flüchtlingsrat
Juni 2002	Gewährung von Aufenthaltsbefugnissen für die Familien Lazaru und Mogos – Dringlichkeitsantrag
April 2002	Fam. Mogos die Rückkehr nach Wiesbaden ermöglichen

Anfragen

Dezember 2004	Gewährung dauerhaft gesicherter Aufenthaltsmöglichkeiten
Dezember 2003	Gesicherter Aufenthaltsstatus für Alma Stoica
März 2005	Flüchtlinge in der Landeshauptstadt Wiesbaden
Januar 2003	Tätigkeit der Ausländerbehörde Wiesbaden

Wie erreichen Sie die Fraktion?

Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?

Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr; Mo, Di, Mi: 16–18 Uhr; Freitag 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Dr. Gottfried Schmidt – Eigendruck

Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden



Für eine menschenwürdige und demokratische Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Kommunale Asylpolitik in Wiesbaden: Integration und Bleiberecht statt Abschiebung

In Wiesbaden leben annähernd 48.000 Menschen ausländischer Herkunft und ohne deutschen Pass, weitere 30.000 Menschen mit Migrationshintergrund und deutschem Pass. Das entspricht einem Anteil von 28,8 % an der Gesamtbevölkerung in Wiesbaden.(Stand 2004)

Im Zuge der Bildung des neuen Magistrats wurde das Dezernat VII, das Einwohner- und Integrationsamt, geschaffen. Die „Betreuung“ der Nicht-Deutschen in Wiesbaden sollte effektiv durch kurze Amtswege gestaltet werden. Als Grundlage zum Handeln erarbeitete man unter der Regie des Einwohner- und Integrationsamtes ein Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden. Beteiligt waren anfangs eine ganze Reihe von Vertretern einschlägiger Träger und Organisationen bis hin zur Stadtverordnetenversammlung.

Abschiebungen

Die Lage der Wiesbadener mit nicht-deutscher Herkunft wurde dadurch allerdings nicht verbessert; vielmehr wurde das Instrumentarium für Kontrollen, Maßregelungen und Restriktionen erweitert. Mit spektakulären Abschiebefällen machte die Stadt Wiesbaden in der gesamten Bundesrepublik negative Schlagzeilen (Aküz, Mogos, Lazaru).

Die Wiesbadener Abschiebepaxis unterscheidet nicht, ob die Betroffenen hier integriert sind. Ausschlaggebend scheint das Herkunftsland zu sein und die politische Großwetterlage. Unabhängig vom Stand der Integration, ob die Schule besucht wurde oder ein festes Arbeitsverhältnis bestand, werden die Menschen in Länder abgeschoben, deren Sprache sie teilweise nicht beherrschen, weil sie hier geboren und aufgewachsen sind.

Im Status der Duldung entzieht man den Betroffenen die Arbeitserlaubnis, lässt sie zum Sozialfall werden, und schon erfüllt der Mensch ein Kriterium der Härtefallkommission nicht, nämlich das der finanziellen Selbstständigkeit. Nach erfolgter Integration erfolgt die scheinbar Des-Integration, Verlust der Arbeit, Wohnung, Kontakte zu Nachbarinnen, Kolleginnen und Mitschülerinnen.

Vielfach kam es zu überstürzten Abschiebeaktionen. Das Rechtsempfinden vieler Bürgerinnen wurde durch diese unmenschliche Praxis verletzt. Nachbarinnen und Mitschülerinnen wurden zu Solidaritätsaktionen aktiviert. Unterschriftenaktionen, Schülerdemonstrationen brachten Einzelschicksale in die Öffentlichkeit.

Aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 1

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Die Linke Liste nutzte ihr Mandat und brachte mit Anfragen und Anträgen das Thema auch ins Stadtparlament. Grundlage unserer Aktivitäten ist das Prinzip, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die bereits ein Jahrzehnt oder länger in der Bundesrepublik Deutschland leben, eine dauerhafte gesicherte Aufenthaltsmöglichkeit zu gewähren. Ihr Aufenthalt muss langfristig abgesichert und Integration erhalten werden.

Auch die Familien von Flüchtlingen sind zu schützen und zusammenzuführen. Jede Trennung von Familien ist zu verhindern. Dies muss unabhängig von verfügbarem Einkommen, Wohnraum und Einreiseweg gelten. Die Anwendung unmenschlicher und undemokratischer Abschiebepraktiken bei Menschen, die in Deutschland durch langjährigen Aufenthalt ihre neue Heimat gefunden haben, muss gestoppt werden.

Ermessensspielräume, die der Gesetzgeber den Ämtern zur Verfügung stellt, sollten auch in Wiesbaden angewandt werden. Es

kann nicht sein, dass bei gleichgelagerten Fällen in Darmstadt ein Aufenthaltsstatus erteilt wird, während man sich in Wiesbaden für eine Abschiebung entscheidet. Diese unterschiedlichen Handlungsweisen sind gegenwärtig in einem Bundesland möglich! Die unterschiedliche Umsetzung in den einzelnen Bundesländern ist nochmals eine andere Fragestellung.

Dabei ist prinzipiell festzuhalten, dass unterschiedliche Entscheidungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene für die Betroffenen mit Unsicherheit verbunden sind und auf lange Sicht beseitigt werden sollten.



Ausländerfeindlichkeit und Rassismus haben in der Mitte der Gesellschaft ihre Wurzeln.

Es wird der Nährboden für Ausländerfeindlichkeit und Rassismus bereitet, wenn solch eine rigide Abschiebepaxis suggeriert, dass die Nationalität für strafbares Verhalten eine Rolle spiele. Ausländerfeindlichkeit und Rassismus haben in der Mitte der Gesellschaft ihre Wurzeln. Menschen ausländischer Herkunft, die lange Zeit in Deutschland leben oder hier aufgewachsen sind, verlieren durch eine Abschiebung ihr soziales Umfeld. Sie werden alles daran setzen, wieder einreisen zu können. So ist ein Leben in der Illegalität und damit Kriminalität vorgezeichnet. Resozialisierung muss für ausländischen Menschen ebenso gelten wie für deutsche Menschen. Oftmals ist die Abschiebung eine nutzlose Doppelbestrafung.

Durch richtig begriffene Integration wird ein kriminalitätsfreies Leben unterstützt.



Der geltende Grundsatz in der kommunalen Asylpolitik muss lauten:

Integration fördern! Abschiebung verhindern!

Ein Aufzwingen der deutschen Kultur kann nicht Integration bedeuten. Die Linke Liste ist für Integration und nicht für Assimilation.

Die Stadt trägt die Verantwortung dafür, wie in ihrem Verantwortungsbereich mit Menschen umgegangen wird. In den Kommunen können und müssen Anstrengungen für eine humane Asylpolitik unternommen werden. Die Linke Liste hat es bewiesen und wird auch in Zukunft so verfahren: Sie initiiert oder beteiligt sich an Initiativen gegen die Abschiebung von Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern. Beispielhaft erwähnt seien nur die Aktivitäten für die Familien Mogos (u.a. durch die öffentliche Teilnahme an den verschiedenen Gerichtsterminen, durch Unterschriftensammlungen, die materielle Unterstützung der Familie und nicht zuletzt durch Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, der Familie die Rückkehr aus der elendigen Unterbringung auf dem Flughafen von Bukarest nach Wiesbaden zu ermöglichen), Brisevac, Lazaru, von Alma Stoica u.a.

Wo das Asylbewerberleistungsgesetz Spielräume zur Ausgestaltung der Leistungsgewährung lässt, setzen wir uns gemeinsam mit Interessenverbänden wie beispielsweise dem Flüchtlingsrat dafür ein, dass diese Spielräume großzügig zugunsten der Schutzsuchenden ausgelegt werden.

Die Linke Liste tritt für die komplette Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften und für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ein.

Die Fraktion Linke Liste wandte sich entschieden dagegen, dass im Zug allgemeiner Haushaltskürzungen dem Flüchtlingsrat Mittel in Höhe von 15.000 € gestrichen wurden; sie hält die Arbeit des Flüchtlingsrates Wiesbaden im Rahmen des Integrationskonzepts für unverzichtbar und wird diesen dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch weiterhin unterstützen.

Für Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund im gesicherten Aufenthaltsstatus müssen Benachteiligungen im gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sein. An erster Stelle gewährleistet sollte für alle ein freier Zugang zum Erwerb der deutschen Sprache sein. Bildungs- und Ausbildungszugänge müssen für alle in Wiesbaden lebenden Menschen gleichermaßen möglich sein.

Eine Vielzahl von Kulturen stellt eine Bereicherung dar und bietet allen gleichzeitig die Möglichkeit, sich mit der eigenen und mit fremden Kulturen auseinander zu setzen. Es darf niemand gezwungen werden, die eigene Kultur abzulegen: Integration kann nicht heißen, Menschen aus anderen Kulturkreisen die deutsche Kultur zu verordnen.

Bei der Beschlussfassung des Stadtparlamentes zu künftigen Einbürgerungsfeiern war es der Linken Liste wichtig, dass die Teilnahme an dieser Feier auf Freiwilligkeit beruht und unabhängig von der Ausweisabgabe ist.